

# Familie & Beruf Vereinbarkeit erleichtern

BIHK-Positionen zur Landtagswahl 2018

## Auf einen Blick

In der Familienpolitik hat es sowohl auf Landes- wie auf Bundesebene in den zurückliegenden Jahren Fortschritte gegeben. Gleichzeitig ist aber noch viel zu tun, um den Wünschen der Familien einerseits und den Bedürfnissen der Wirtschaft andererseits politisch Rechnung zu tragen. In der heutigen Gesellschaft ist es weitgehend selbstverständlich, dass junge Eltern Wert auf eine partnerschaftliche Aufteilung der Familienarbeit legen. Immer mehr Männer nutzen Elternzeit und übernehmen Betreuungsaufgaben. Demgegenüber wollen junge Mütter immer häufiger frühzeitig in den Beruf zurückkehren. Hinzu kommt, dass immer mehr Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer pflegebedürftige Angehörige betreuen.

Angesichts des zunehmenden Fachkräftemangels braucht die Wirtschaft diese Arbeitskräfte aber mehr denn je. Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf ist für die Unternehmen daher inzwischen zu einem wesentlichen Standortfaktor geworden, auch um die dringend benötigten Fachkräfte zu finden.

Daher fordert die bayerische Wirtschaft von der Landespolitik:

- Die Kinderbetreuungs- und Pflegeinfrastruktur quantitativ und qualitativ verbessern
- Unternehmen noch besser bei der Einrichtung betrieblicher Kinderbetreuung unterstützen
- Notwendige Infrastruktur für Vereinbarkeit 4.0 schaffen
- Den Familienpakt Bayern fortsetzen
- Bürokratische Regulierungen abbauen

## Vereinbarkeit von Pflege und Beruf verbessern

Im Dezember 2015 waren in Bayern laut Statistischem Bundesamt fast 350.000 Menschen pflegebedürftig. Gut zwei Drittel wurden zu Hause betreut. Die Anzahl der Pflegebedürftigen wird in den nächsten Jahren deutlich zunehmen. Seriösen Prognosen zufolge wird sich die Zahl der Pflegebedürftigen im Freistaat bis zum Jahr 2060 auf rund 700.000 verdoppeln.

Um die Vereinbarkeit von Beruf und Pflege zu verbessern, sollte die bayerische Politik daher:

- Eine bedarfsgerechte und flächendeckende Pflegeinfrastruktur mit ausreichend Tages- und Kurzzeitpflegeplätzen sowie ausreichend Pflegepersonal sicherstellen, zum Beispiel durch eine Imagekampagne für Pflegeberufe und eine attraktive Ausbildung.
- Die Pflegestützpunkte, die eine kostenlose Beratung bieten, flächendeckend ausbauen und das Patienten- und Pflegeportal Bayern mit umfangreichen Informationen rund um die Pflege in Hinblick auf betriebliche Fragen weiterentwickeln.
- Unternehmen bei betrieblichen Angeboten unterstützen, etwa durch die Übernahme der Schulungskosten von betrieblichen Pflegeleitenden, welche betroffenen Kolleginnen und Kollegen wertvolle Informationen und Orientierung über betriebliche Angebote und externe Anlaufstellen geben und mit den Problemen von pflegenden Angehörigen vertraut sind.

## Stimme der Wirtschaft



*Mit eigenem Engagement und einer nicht unerheblichen Investition unternehmen wir seit Jahren größte Anstrengungen in Hinblick auf eine gute Vereinbarkeit. Doch wir können diese Aufgabe bei aller Begeisterung für die Sache und Einsicht in die Notwendigkeit nicht in unserer unternehmerischen Eigenverantwortung übernehmen – sie liegt ganz eindeutig außerhalb unserer Kernkompetenz. Deshalb sind wir auf eine ausreichende staatliche Unterstützung angewiesen – insbesondere beim Aufbau und Ausbau der Betreuungsinfrastruktur.*

*Yvonne Molek, geschäftsführende Gesellschafterin w&P Wilde & Partner Public Relations GmbH, Mitglied der Vollversammlung der IHK für München und Oberbayern*

## Forderungen



- Pflegeplätze bedarfsgerecht ausbauen, vor allem Tages- und Kurzzeitpflege
- Beratungs- und Informationsangebote ausbauen
- Schulung von betrieblichen Pflegeleitenden fördern
- Betriebliche Tagespflege für Pflegebedürftige etablieren und fördern

## Bedarfsgerechte Kinderbetreuung sicherstellen

Eine qualitativ hochwertige Kinderbetreuung mit ausreichenden Plätzen sowie Betreuungszeiten, die mit den Arbeitszeiten von Eltern vereinbar sind, ist eine zentrale Voraussetzung dafür, dass beide Elternteile leichter am Erwerbsleben teilnehmen und früher in den Beruf zurückkehren können. Bedarfsgerechte Betreuungsmöglichkeiten erschließen somit zusätzliche Fachkräfte und sind mittlerweile ein wichtiger Standortfaktor.

Trotz eines spürbaren Ausbaus der Betreuungsinfrastruktur sind insbesondere die Ganztages- sowie die Nachmittags- und Ferienbetreuung von Schulkindern bis 12 Jahren noch nicht ausreichend und flächendeckend gesichert. Der von der Bertelsmann Stiftung erstellte Ländermonitor frühkindliche Bildungssysteme 2017 attestiert Bayern bundesweit die größten regionalen Unterschiede in der Qualität der Betreuung und einen unterdurchschnittlichen Betreuungsschlüssel.

Um die Betreuungssituation weiter zu verbessern, sollte die bayerische Politik:

- bis zum Jahr 2020 die Ganztagesbetreuung von Kindern bis 12 Jahren durch einen Rechtsanspruch garantieren.
- qualitativ hochwertige Betreuungsangebote auch an Randzeiten vor 8 Uhr und nach 17 Uhr, an Wochenenden und in den Ferien zur Verfügung stellen. Zielführend wäre hierbei, das bayerische Sonderprogramm „Kinderbetreuungsfinanzierung“, mit dem Gemeinden ihre Kita-Investitionskosten zu 90 Prozent erstattet bekommen, an die Bedingung zu knüpfen, diese Zeiten bei Bedarf abzudecken oder die Gelder zu kürzen.
- die Nachmittags- und Ferienbetreuung an Grund- und weiterführenden Schulen für Kinder bis 12 Jahren flächendeckend bis 17 Uhr sicherstellen, ggf. auch in Kooperation mit lokalen Betreuungsangeboten (Horte etc.).
- Ganztagschulen bedarfsgerecht weiter ausbauen.
- Unternehmen bei der Einrichtung und im Betrieb einer eigenen Kinderbetreuung unterstützen. Dies sollte insbesondere durch den Abbau von bürokratischen Hürden und die Bereitstellung einer einheitlichen kommunalen Ansprechstelle, die für den Gesamtprozess zuständig ist, erfolgen.

## Notwendige Infrastruktur für Vereinbarkeit 4.0 schaffen

Die Digitalisierung schafft neue Möglichkeiten für eine bessere Vereinbarkeit von Familienaufgaben und Beruf. Insbesondere Homeoffice kommt hierbei ein zentraler Stellenwert zu, gerade wenn dadurch lange Fahrtzeiten zur Arbeit reduziert werden können. Voraussetzung hierfür sind ein flächendeckender Breitbandausbau und leistungsfähige Mobilfunknetze.

## Familienpakt Bayern fortsetzen

Der 2014 von Staatsregierung und Wirtschaft ins Leben gerufene Familienpakt beginnt, Früchte zu tragen. Das Service-Portal umfasst zahlreiche wichtige Informationen und ist eine gute Vernetzungsplattform. Der Familienpakt sollte verlängert und die Servicestelle in eine Dauereinrichtung überführt werden.

## Bürokratische Regulierungen abbauen

Verschiedene Gesetzesregelungen wie etwa zur Elternzeit oder zur Pflege- und Familienpflegezeit sind aus Sicht der Unternehmen bürokratisch und organisatorisch aufwendig umzusetzen. Ein Rechtsanspruch auf befristete Teilzeit, wie er derzeit diskutiert wird, würde für die Unternehmen weiteren organisatorischen Aufwand bedeuten. Die bayerische Politik sollte sich auf Bundesebene daher für eine Vereinfachung der Regelungen einsetzen und neue Belastungen verhindern.

Ansprechpartnerin:

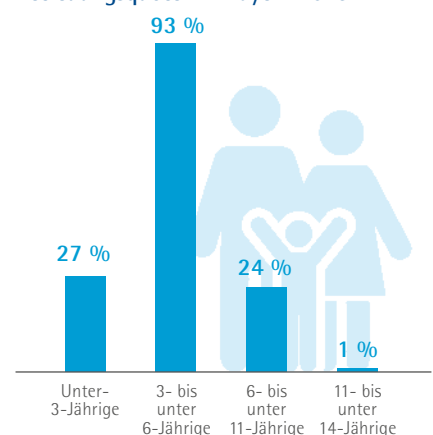
Elfriede Kerschel  089 5116-0  kerschel@muenchen.ihk.de

## Forderungen



- *Rechtsanspruch für Kinder bis 12 Jahren auf eine Ganztagsbetreuung*
- *Bedarfsgerechter und flächendeckender Ausbau der Kinderbetreuung*
- *Nachmittags- und Ferienbetreuung an Schulen sicherstellen*
- *Ganztagschulen bedarfsgerecht ausbauen*
- *einheitliche kommunale Ansprechstelle für betriebliche Kinderbetreuung*

## Betreuungsquoten in Bayern 2015



Quelle: Statistisches Landesamt

## Forderungen



- *Flächendeckender Breitbandausbau und leistungsfähige Mobilfunknetze für mobiles Arbeiten schaffen*
- *Familienpakt verlängern und Servicestelle in eine Dauereinrichtung überführen*
- *Rechtsanspruch auf befristete Teilzeit darf nicht zu Mehrbelastungen führen*

## Verwandte Themen



- *Berufliche Bildung*
- *Fachkräfte sichern*
- *IKT-Infrastruktur*



Weitere Informationen finden Sie im Internet unter [bihk.de/landtagswahl](http://bihk.de/landtagswahl)